

verhältnisse infolge davon verändert würden, mit den jetzt versammelten Faktoren der Gesetzgebung im Norddeutschen Bunde zum förmlichen Abschlusse zu bringen, wenn nicht entweder die Publikation der ganzen neuen Verfassung oder wenigstens die Bezeichnung von „Kaiser“ und „Reich“ bis zur Versammlung des vollen Bundesrats und Reichstags verschoben werden sollte, was nach außen wie nach innen unzutraglich erscheinen müsse. Was die Wahl der Bezeichnung des Oberhauptes als deutscher Kaiser anlange, so wies ich darauf hin, daß ich mich hierbei lediglich an denjenigen Ausdruck halten zu müssen geglaubt habe, welcher in dem Schreiben, das Se. Majestät der König von Bayern an Se. Majestät den König von Preußen in Übereinstimmung mit allen übrigen Bundesregierungen deshalb gerichtet, letzterem dargeboten und von Allerhöchstdemselben angenommen worden sei.

Hierauf ergriff Staatsminister Delbrück das Wort und trug vor, daß auch die süddeutschen Bevollmächtigten mit meinem Antrag an sich sich einverstanden erklärt, jedoch in der Ausführung selbst die vorhin bezeichnete Modifikation vorgezogen haben. Ich konnte mich ihr alsbald anschließen, und auch im Bundesrate fand sie allgemeinen Anklang, um so mehr, als auch im Norddeutschen Bundesrate die entschiedene Ansicht herrschte, daß durch die neuen Titel an den seitherigen Rechten und Pflichten im Innern des Bundes nichts geändert werden solle. Ich hatte dies bereits in meiner kurzen Motivierung als selbstverständlich bezeichnet. Aber der königlich sächsische Bevollmächtigte, dem sich diejenigen von Hessen und Medlenburg anschlossen, wünschte diese Auffassung als die Voraussetzung, unter welcher ihre hohen Regierungen der neueren Bezeichnung zustimmen, ausdrücklich in das Protokoll aufgenommen zu sehen, und stand von diesem Verlangen erst dann ab, als Staatsminister Delbrück, der Verhandlung die Wendung gab, daß in das Protokoll die allseitige Auffassung niedergelegt würde, durch Kaiser und Reich sei an den inneren Kompetenzen des Bundespräsidiums und den Pflichten der Bundesglieder nichts geändert.

Sofort ließ nun der Vorsitzende des Bundesrats die nötige Kommunikation an das Präsidium des eben ver-